Sexarbeit wandert quer durch die Stadt

Ordnungsbehörden haben inzwischen 27 Bußgeldverfahren eingeleitet. Abstruse Regeln, Grenzverkehr erhöht Risiko.

VON ROBERT ESSER

Streit um den Strich: Weil Bordellbetriebe in der Antoniusstraße dicht sind, greift die illegale Prostitution weiter um sich. FOTOS: HARALD KRÖMER

AACHEN Der Druck wächst weiter. In 27 Fällen von illegaler Prostitution hat das Aachener Ordnungsamt Bußgelder zwischen 500 und 3000 Euro erhoben. Zahlen müssen meist die Sexarbeiterinnen. Deren Hintermänner sowie die Freier lassen sich kaum überführen, klagen die Ordnungskräfte. Seit Mitte März ist Prostitution in Nordrhein-Westfalen laut Corona-Schutzverordnung verboten. „Uns ist natürlich klar, dass Damen – auch wenn das Rotlichtviertel Antoniusstraße komplett leer und geschlossen ist – abgetaucht sind und weiterhin ihre Dienste anbieten“, sagt Aachens Rechtsdezernentin Annekathrin Grehling. Das Ordnungsamt unterstreicht, dass illegale Prostitution in Privatwohnungen und Hotels in allen Aachener Stadtteilen festgestellt wurde. „Es sind über 20 unterschiedliche Adressen aktenkundig, es gibt keine örtlichen Schwerpunkte“, sagt Grehling. Vor Corona – so die Schätzungen – waren etwa 125 Prostituierte in der Antoniusstraße und mindestens noch einmal so viele außerhalb auf das Aachener Stadtgebiet verteilt tätig.

Hinzu kommen Sexarbeiterinnen im Umland der Städteregion Aachen. In Eschweiler und Stolberg wurden jetzt zwei Bordelle, die trotz Verbot Freier empfingen, dicht gemacht, wie die Allgemeine Vertreterin des Städteregionsrates, Birgit Nolte, am Donnerstag bestätigt. Bis zu 10.000 Euro Bußgeld müssen die Betreiber zahlen. In einem Fall war nicht einmal das Genehmigungsverfahren für das Bordell abgeschlossen. Das Dilemma: So lange Nachfrage nach käuflichem Sex besteht, wird es auch Angebote geben. Zumal die wirtschaftliche Situation vieler Frauen, oft aus Osteuropa, dramatisch schlecht ist. Doch die Kontrolle ist schwierig.

Abstand beim Akt

Das hat mehrere Gründe. Erstens: Unmittelbar hinter der Grenze locken niederländische Bordelle, die seit dem 15. Juli nach dem Corona-Lockdown wieder öffnen dürfen, deutsche Kunden. Und diese kommen in Massen, etwa in ein Etablissement in Vaals-Lemiers. Offen ist, auf Basis welcher Hygienerichtlinien wie kontrolliert werden soll. Auch in Deutschland gibt es skurril anmutende Vorschläge, etwa vom Bundesverband für sexuelle Dienstleistungen: Danach sollen die Köpfe von Sexarbeiterin und Freier beim Geschlechtsakt immer eine Unterarmlänge voneinander entfernt sein. Aber wer soll das kontrollieren? „Wir kennen dieses Problem. Wir stehen mit den niederländischen Kollegen im Austausch. Aber den Behörden sind die Hände gebunden. Dieser Grenzverkehr von Aachenern – ob zum Einkaufen ohne Maske in Holland oder zum Bordellbesuch – erhöht das Infektionsrisiko hier im Grenzland auch auf Aachener Seite“, kritisiert Grehling.

Zweitens: Obwohl die Aachener Ordnungsbehörden auch verdeckt ermitteln und vielen Hinweisen aus der Bevölkerung nachgehen, können nur in vergleichsweise wenigen Fällen Bußgeldverfahren eingeleitet werden. Denn die Behörden müssen den sexuellen Akt quasi „in flagranti“ nachweisen. „Wir können aber nicht jeden Tag überall Razzien durchziehen, um diesen rechtssicheren Nachweis zu erbringen“, sagt Grehling.

Drittens: Die in die Illegalität abgerutschte Prostitution verfestigt sich, da in NRW keine Aufweichung des Berufsverbots für Prostituierte in Sicht ist. Bordellbetreibern und Sexarbeiterinnen fehlt jegliche Perspektive. „Dass Hamburg unter bestimmten Hygienestandards und Dokumentationspflichten Prostitution wieder erlauben will und vor wenigen Tagen ein Oberverwaltungsgericht in Niedersachsen das absolute Prostitutionsverbot in der dortigen Coronaschutzverordnung außer Kraft gesetzt hat, hat keine Auswirkungen auf die Rechtslage bei uns hier“, stellt die Juristin Grehling fest. Für sie ist offensichtlich, dass sich in den kommenden Monaten kaum etwas an der Situation des Rotlichtgewerbes in NRW und Aachen ändern wird.

Vehement wehrt sich Grehling gegen den Vorwurf von zwei Aachener Betreibern in der Antoniusstraße, die Rotlichtmeile ohnehin „aushungern“ zu wollen. Klaus Gallwe und Rudi Esser hatten der Verwaltungsspitze vorgehalten, Häusern reihenweise die Betriebserlaubnis vorzuenthalten – obwohl Etablissements saniert worden seien. Damit stünden viele „Arbeitszimmer“ auch nach einem Ende des Prostitutionsverbotes nicht zur Verfügung – was für viele Frauen die Rückkehr aus der Illegalität unmöglich mache und ohnehin einem Mehrheitsbeschluss des Aachener Stadtrats widerspreche. Der hatte sich gegen die Stimmen von FDP und AfD ausdrücklich für eine Konzentration des Sexgewerbes auf der Antoniusstraße ausgesprochen.

Keine Betriebserlaubnis

„Aber wir müssen uns an das Prostituiertenschutzgesetz, das es immerhin seit Oktober 2016 gibt, halten“, bekräftigt Grehling. Grundsätzlich gilt eigentlich: Wenn keine Baugenehmigung vorliegt, kann keine Betriebserlaubnis erlassen werden. Wenn ein Betreiber in der Antoniusstraße (in der viele Bordellzimmer seit Jahrzehnten nie via Baugenehmigung abgesegnet waren) ein neues Bordellhaus eröffnet, entfällt die zuvor maßgebliche „Erlaubnisfiktion“. Darunter versteht die Rechtsprechung eine Art „gewerblichen Bestandsschutz“. Dieser Schutz gilt auch für die Etablissements, die Gallwe und Esser schon vor 2016 betrieben haben. Nur für die neuen Häuser brauchen sie eine Genehmigung. Dabei müsse etwa auch der konzeptionelle Nachweis erbracht werden, wie das Notrufsystem für die Prostituierten in den Zimmern funktioniert und garantiert, dass ein Sicherheitsdienst oder sonstige Mitarbeiter im Bedarfsfall sofort zur Hilfe eilen. Gallwe und Esser beteuern, dass diese Nachweise erbracht sind, die Stadt stellt dies anders dar.

Die Anträge von Gallwe und Esser hätte die Stadt demnach ohne weiteres ablehnen können, da die Voraussetzungen für eine Betriebserlaubnis nicht erfüllt waren. Dies sei aber nicht passiert. Im Gegenteil, die Verwaltung hätte unter Berücksichtigung der zu entwickelnden städtebaulichen Ziele dem Grunde nach eine zeitlich befristete Erlaubnis ermöglicht, wenn denn die Voraussetzungen im Übrigen erfüllt worden wären, gerade auch im Sinne des Schutzes der Prostituierten. Es ist jedoch nicht zu einer Unterzeichnung entsprechender Vereinbarungen durch die Betreiber bzw. Antragsteller gekommen – bislang. Erst nachdem vor ein paar Wochen die Stadt auf die notwendige Konsequenz hinwies, seien jetzt Unterlagen zur vorgetragenen Sicherung des Nothilfesystems vorgelegt worden.

Weist Vorwürfe zurück: Rechtsdezernentin Annekathrin Grehling.

Streit gibt es offensichtlich aber nach wie vor wegen der Gültigkeitsdauer einer behördlichen Erlaubnis zum Betrieb einer Prostitutionsstätte, denn die Betreiber legen Wert auf eine unbefristete Erlaubnis. Die Stadt sieht dafür keine Grundlage. Ein anderer Betreiber hat dem Vernehmen nach vorsichtig Einlenken signalisiert.

Derzeit stehen dem Vernehmen nach aufgrund räumlicher Umbauten (auch weil frühere Wohnungen, die nun dort nicht mehr erlaubt sind, zu reinen Arbeitszimmern umfunktioniert wurden) in einigen Häusern exakt 99 der „Erlaubnisfiktion“ unterliegende Arbeitsplätze (also Zimmer) zur Verfügung. Für 36 Zimmer gibt es seit knapp zwei Jahren keine Betriebserlaubnis. Für acht von 25 Häusern gebe es damit auch nach dem Corona-Prostitutionsverbot keine Betriebserlaubnis. Drei Gebäude in der Antoniusstraße gehören inzwischen der Stadt, dort ist Prostitution tabu. Grehling ist überzeugt, dass damit auch nach Corona ausreichend Platz für die zurückkehrenden Prostituierten in der Antoniusstraße da ist. Die Rechtsdezernentin untertreicht: „Ich lasse mich nicht unter Druck setzen.“

WILLI WICHTIG

Alle Jahre wieder: Rein oder raus?

Draußen lassen oder reinholen? Das ist hier die Frage. Und diese Frage stellt sich derzeit nicht nur Willi, sondern viele seiner Öcher Landsmänner und -frauen tun dies auch. Wovon hier die Rede ist, dürfte mit einem Blick auf den Kalender klar werden. Schließlich zeigt der derzeit eindeutig einen spätsommerlichen Frühherbst an, wo sich alle Jahre wieder eben die Frage stellt, ob man den Grill schon vom Balkon oder der Terrasse wieder in den Keller räumen sollte oder eben nicht. Gottlob besitzt Willi einen einfachen Grill und nicht so eine Außenküche mit Gas-, Kohle- und Solarfeuerung nebst eingebautem Kühlschrank und Spülmaschine, für die er ein Umzugsunternehmen beauftragen müsste, um sie ins Haus zu verfrachten. Er kann seinen Grill auch spontan versetzen. Also lässt er ihn noch draußen und hofft auf einen goldig-warmen Früh-, Mittel- und Spätherbst, bevor pünktlich zum ersten Advent der erste Schnee fällt. Unrealistisch? Nein, Willi ist einfach optimistisch.

Tschö, wa!

Exklusiv für Mitglieder aus dem FREUNDES KREIS

FORUM Oberbürgermeisterwahl

Digitales Wahlforum in Aachen:

Die OB-Kandidaten stellen sich vor

Donnerstag, 10. September
18.30 - 20.30 Uhr

Anmeldung & weitere Infos:
azan-freundeskreis.de/OB-Wahl

KURZ NOTIERT

Betrunkener Autofahrer verursacht zwei Unfälle

AACHEN Gleich zwei Unfälle in einer Nacht hat ein betrunkener Autofahrer am Mittwochabend verursacht. Wie die Polizei berichtet, fuhr der Mann mit seinem Pkw gegen 22.30 Uhr auf der Von-Coels-Straße den Außenspiegel eines parkenden Autos ab und setzte seine Fahrt fort. Ein Zeuge hatte den Unfall beobachtet und informierte die Polizei. Er beschrieb das flüchtige Auto und konnte das Kennzeichen angeben. Kurze Zeit später verursachte dieser flüchtige Pkw einen weiteren Verkehrsunfall auf dem Madrider Ring.

Acht neue Infektionen mit dem Corona-Virus

AACHEN Die Krisenstäbe von Stadt und Städteregion haben am Donnerstag die aktuellen Zahlen zu den Corona-Fällen bekannt gegeben. Danach sind in der Städteregion 2378 Fälle bestätigt, davon 1157 auf dem Stadtgebiet Aachen. Seit Mittwoch sind also acht neue Infektionen bestätigt worden. Die Zahl der gemeldeten Todesfälle liegt wie am Vortag bei 103. Insgesamt sind 2224 ehemals positiv Getestete wieder gesund. Die Zahl der aktuell Infizierten in der Städteregion Aachen liegt insgesamt bei 51 (davon 23 in Aachen).

Sie versorgen die, die sonst durchs Raster fallen

Immer mehr Menschen leben ohne Krankenversicherung. In Aachen sind das oft Sexarbeiterinnen.

VON SARAH-LENA GOMBERT

AACHEN Eine Geburt kostet rund 1000 Euro, im Falle eines Kaiserschnitts auch bis zu 5000 Euro. Das kann werdenden Müttern in Deutschland eigentlich egal sein, da es sich dabei um eine Leistung handelt, die die Krankenversicherung übernimmt. Doch immer mehr Menschen leben ohne Versicherungsschutz. Das geht aus einem aktuellen Bericht des statistischen Bundesamts hervor. Während 2015 rund 79.000 Menschen keine Krankenversicherung hatten, waren es 2019 bereits 143.000.

Weil auch Leute ohne Versicherungsschutz manchmal zum Arzt müssen, gibt es vielerorts Vereine oder ehrenamtlich arbeitende Mediziner, die sich um diese Menschen kümmern. In Aachen ist das der Verein Medinetz. „Unsere Aufgabe ist es, die Patientinnen und Patienten an Ärztinnen und Ärzte zu vermitteln, die bereit sind, sie kostenlos zu versorgen“, sagt Rebecca Ulrich, die im achten Semester Medizin in Aachen studiert. Sie ist eine von aktuell rund 15 Studierenden, die sich im Medinetz engagieren. Die Aktiven des Vereins bestehen derzeit nur aus Medizin-Studierenden, doch da Medinetz selbst nicht medizinisch arbeitet, können sich auch Nicht-Mediziner engagieren.

Vor Beginn der Corona-Pandemie hatten die Studierenden eine regelmäßige Sprechstunde in Räumen des „Café Zuflucht“ anbieten können. „Im Moment läuft das meiste telefonisch“, sagt Rebecca Ulrich. Allein in diesem Jahr seien bislang 40 Patientinnen und Patienten versorgt worden. Die Menschen, die das Angebot von Medinetz wahrnehmen, seien eine sehr gemischte Gruppe. Viele seien aus dem Ausland. Die Frauen, die sich an die Studierenden wenden, seien oft schwangere Sexarbeiterinnen. „Diese Frauen haben oft entweder gar keine Krankenversicherung, oder es gibt Probleme bei der Anerkennung ihrer Krankenversicherung aus dem Heimatland“, sagt Rebecca Ulrich. Andere Patienten seien illegalisierte Geflüchtete. In den vergangenen Monaten seien Menschen hinzugekommen, die eigentlich gar nicht lange in Aachen bleiben wollten, aufgrund der Corona-Pandemie jedoch Schwierigkeiten hatten, nach Hause zu kommen.

Immer mehr Menschen in Deutschland haben keine Krankenversicherung. In der Städteregion kümmert sich Verein Medinetz um diese Patienten. FOTO: DPA

Ärzte verzichten aufs Honorar

Der Verein habe in den vergangenen Jahren ein beachtliches Netz aufgebaut. „Auf unserer Liste stehen 40 Ärztinnen und Ärzte, an die sich die Patienten wenden können.“ Es seien vornehmlich Hausärzte, doch nicht nur. „Im Grunde haben wir alle Fachrichtungen abgedeckt“, betont Rebecca Ulrich. Doch mit der reinen Vermittlungsarbeit sei es leider nicht immer getan: Medizinische Behandlungen kosten Geld – auch wenn der Arzt aufs Honorar verzichtet. „Wenn Kosten entstehen, beispielsweise bei Blutuntersuchungen oder bei Röntgenaufnahmen, dann springen wir ein“, erklärt sie. Der Verein finanziert sich durch Spenden oder durch Förderungen beispielsweise der Städteregion.

Um das Problem mit der fehlenden Krankenversicherung zu klären, arbeitet Medinetz auch politisch. „Wir wollen etwas verändern“, sagt Rebecca UIrich. Auf kommunaler Ebene bedeutet dass, dass man ganz konkret daran arbeite, Strukturen zu schaffen, die einen Krankenschein für alle Menschen ermöglichen – egal, ob sie eine Versicherung haben oder nicht. Auf Bundesebene will der Verein erreichen, dass eine medizinische Versorgung aller Menschen erreicht werden kann, ohne dass irgendwelche Daten von Menschen aus dem Ausland an Ausländerbehörden weitergegeben werden. Das Thema Gesundheit müsse völlig unabhängig von Dingen wie einem Aufenthaltstitel betrachtet werden.